

deutsch-polnische Grenze völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen, erweckte nicht nur bei uns Vorbehalte, sondern sorgte auch innerhalb der Bundesregierung für Streit und schuf international Irritationen und Unverständnis. Im Hintergrund stand bei ihm offensichtlich das Kalkül, bestimmte Wählerstimmen nicht verprellen zu wollen. Franzosen wie Amerikaner versuchten, die Polen zu beruhigen und vorsichtig auf Helmut Kohl einzuwirken. Später stimmte der Bundeskanzler einer identischen Erklärung des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zu, in der der Bestand der deutsch-polnischen Grenze garantiert wurde. Bald danach konnte beim Außenministertreffen in Paris eine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden werden. Für die Pariser Tagung war wichtig, daß die Trennung vollzogen wurde zwischen dem Grenzvertrag und dem Grundlagenvertrag, wie wir damals den späteren Nachbarschaftsvertrag nannten. Ursprünglich wollten das weder die Polen noch die Bundesrepublik, jeweils aus unterschiedlichen Gründen. Wir hatten diese Trennung vorgeschlagen. Die Polen wollten möglichst auf einmal und ganz schnell alles. Die Bundesrepublik wollte den Grenzvertrag nicht so früh. So ergab sich eine Blockade. Der Durchbruch wurde dann Anfang Juli beziehungsweise in Paris vollzogen. In Paris hieß es dann, daß der Grenzvertrag unmittelbar nach der Vereinigung geschlossen werden solle, weshalb wir wiederum danach forderten, er solle in der ersten Sitzung des Parlamentes nach der Vereinigung ratifiziert werden. Dies war nicht der Fall. Daß nach der Vereinigung Helmut Kohl im Einvernehmen mit Mazowiecki diese Entkoppelung teilweise zurücknahm, indem man beschloss, den Grenzvertrag zwar zu unterschreiben aber erst gemeinsam mit dem Nachbarschaftsvertrag zu ratifizieren, das haben wir damals sehr skeptisch betrachtet. Trotz aller Schwierigkeiten, Verwicklungen, Fragen und auch Verdächtigungen, die es in dieser Frage gegeben hat, haben sich alle diese Sorgen, so muß ich heute klar sagen, in den Jahren darauf nicht bestätigt.

Die Veränderungen der DDR-Positionen, die es dann im Laufe der Zeit natürlich gegeben hat, denn in so schnell sich wandelnder Zeit waren Positionen nicht von Anfang bis zum Ende durchzuhalten, die kann ich hier im einzelnen nicht beschreiben. Ich wollte aber die Grundlinien beschreiben. Der unmittelbare Einfluß der DDR auf die Ergebnisse war naturgemäß gering. Nicht nur wegen mancher Fehler und Unerfahrenheit, sondern insbesondere durch die oben angesprochenen Rahmenbedingungen. Zu den Fehlern zähle ich das, was dann unter dem Stichwort Sicherheitszone kursierte. Es war ein Fehler sowohl in der Art, das Konzept nach außen zu geben, ohne vorher Absprachen getroffen zu haben, als auch in der Form.

Das schmale und auf wenige Verhandlungspunkte angelegte Konzept des Westens war strategisch auf einen schnellen Verlauf angelegt und hatte Erfolg. Dieser schnelle und erfolgreiche Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrages öffnete das Tor zur deutschen Einheit. Er war für Deutschland und seine europäischen Nachbarn ein großer Gewinn. Und die erfolgreiche Dimension des Vereinigungsprozesses, der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990, machte nicht nur für die deutsche Ein-

heit den Weg frei, sondern mündete auch in die Charta von Paris für ein neues Europa vom November 1990. Wer diese Texte heute nachliest, spürt noch etwas von der Vision eines neuen Europa, die uns und viele Menschen in Europa damals erfüllte. Heute haben wir nicht nur in Bosnien schlimme Erfahrungen gemacht. Der Optimismus ist gewichen, die Aufgaben, auch manche von denen, die wir damals in den Verhandlungen ansprachen, sind geblieben. Gemeinsam mit unseren Nachbarn und Partnern werden wir heute dazu beitragen, den heutigen Herausforderungen bei der Gestaltung Europas gerecht zu werden. Vielen Dank.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, Sie werden bemerkt haben, daß der Zeitrahmen bei beiden Vorträgen überschritten wurde. Allerdings standen die beiden Referenten vor dem Problem, die innere Entwicklung, die äußere Entwicklung und den Vereinigungsprozess selbst darzustellen. Das Themenfeld war sicherlich sehr breit, und dementsprechend ist es wohl verständlich, daß der Zeitrahmen etwas überschritten wurde. Vieles war in den Einzelheiten der Einschätzung doch auch interessant, da die Akteure, die damals eine Rolle gespielt haben, heute ihr damaliges Tun zum Teil kritisch oder doch ansatzweise kritisch reflektieren. Angesichts der Zeitprobleme können wir keine Podiumsdiskussionen mehr durchführen, was wir eigentlich wollten, doch sollten wir uns die Zeit nehmen, noch zwei Statements dazu zu hören, und zwar von Herrn Poppe und von Herrn Irmer, die damit gleichsam die Diskussion der Enquete-Kommission eröffnen. Zunächst Herr Poppe bitte. Ich weiß natürlich, daß auch Herr Poppe sehr viel aus eigener Erinnerung darstellen kann. Aber vielleicht versucht er, sich auf einige Punkte zu konzentrieren.

Gerd Poppe, MdB: Ich werde mir Mühe geben, Herr Faulenbach. Allerdings möchte ich noch eine weitere Sicht hier einbringen, sozusagen den Kreis der Akteure erweitern. Das hat sich ja heute schon einmal angedeutet mit dem, was Janusz Reiter gesagt hat zur polnischen Solidarność und dem, was wir dazu diskutiert haben. Es ist auch bei Markus Meckel einiges angeklungen. Ich will also hier noch einiges sagen zur Sicht der DDR-Opposition und -Bürgerrechtsbewegung. Wie hat sie die Rahmenbedingungen gesehen, welche Optionen, welche Handlungsspielräume hatte sie, und wie hat sie möglicherweise ihrerseits die Rahmenbedingungen mit verändert? Nun mache ich da einen Unterschied zwischen zwei sich deutlich voneinander unterscheidenden Zeiten. Das Unterscheidungsmerkmal ist ganz einfach, das ist der Fall der Mauer. Es geht einmal um die Zeit vor dem Fall der Mauer, und dann geht es um den 9. November 1989 und die Zeit danach bis zur deutschen Einheit. Bei der Fragestellung, die uns immer wieder offeriert wird, geht es immer um bestimmte Politiker, möglichst alle die bekannten Namen, die ihre Memoiren schreiben, die immer die deutsche Einheit und nie etwas anderes wollten. Die stand im Vordergrund all ihrer politischen Überlegungen, während die Oppositionsbewegung in der DDR angeblich immer nur die verbesserte DDR, den